

Kommunistische Anträge im Reichstag

Mißtrauensanträge gegen die Regierung — für Auflösung des Reichstages, Forderung auf Einstellung aller Tributzahlungen und Austritt aus dem Völkerbund. Weg mit Lebensmittelzöllen. Aufhebung der Kopfsteuer. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

Nach einer Vertagung von über vier Monaten tritt der Reichstag zu einer Sitzung heute 15 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung steht lediglich die Beratung des Gesetzes über den Termin der Reichspräsidentenwahl. In Aussicht gestellt ist, daß bei der Beratung dieses Gesetzes eine allgemeine politische Aussprache stattfinden soll. Die Kommunisten werden selbstverständlich die allgemeine politische Aussprache zu einer Abrechnung mit der Notverordnungspolitik Brüninge, mit der Hindenburgfront und der Harzburger Front benutzen.

Sie werden sich aber nicht mit dieser Aussprache begnügen, sondern verlangen, daß einmal der Mißtrauensantrag gegen die Regierung gestellt und zum anderen der besondere Mißtrauensantrag gegen den Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener zur Abstimmung kommen.

Zu dieser Reichstagsitzung hat die kommunistische Reichstagsfraktion eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich mit der außenpolitischen und innenpolitischen Situation beschäftigen und die anderen Forderungen im Interesse der Werktätigen enthalten. So fordern sie die sofortige Einstellung aller Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages und die Annullierung aller privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten verlangt den sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wegen dessen aktiver Mitwirkung an dem japanischen Kriegsverfall auf China und seiner Unterstützung der Vorbereitungen zu einem Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Ein anderer kommunistischer Antrag enthält die Forderung, daß Deutschland sich dem von dem Vertreter der Sowjetunion, Litwinow, der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreiteten,

wirklichen und vollständigen Abrüstungsplan vorbehaltlos anschließt.

In weiteren Anträgen verlangen die Kommunisten:

die Auflösung des Reichstages;

die Einstellung der Zahlungen von Polizeifolienzuschüssen an die Länder und im Falle der Ablehnung die Einstellung der Zahlung der Polizeifolien an Braunschweig;

die Aufhebung sämtlicher Lebensmittel- und Futtermittelzölle sowie der Zölle auf Bedarfsartikel des täglichen Lebens; die Herabsetzung des Preises für ein Kilogramm Brot auf den Durchschnittspreis des Jahres 1913 (0,28 Mark);

wirksame Maßnahmen für die Erwerbslosen, Rentens- und Unterstützungsempfänger, Kriegsbeschädigte usw.;

Herabsetzung der Mieten für Alt- und Neubauwohnungen, Wiederinfraktion aller Mieterschuhbestimmungen sowie Verbot von Ermäßigungen;

Maßnahmen für die Kleingewerbetreibenden, wie Aufhebung der Gemeindebeiträge, der Bier-, Tabak- und Zuckersteuer; Verbot aller Zwangsversteigerungen gegenüber Kleingewerbetreibenden und Kleinhändlern;

Herabsetzung der Mieten für Kleingewerbetreibende;

Maßnahmen zur Verringerung der katastrophalen Notlage der Kleinrentner und häuslichen Familienbetriebe;

Aufhebung der Kopfsteuer;

Wiedereinführung der Rückzahlung jenseit gezahlter Lohnsteuer an Erwerbslose und Arbeiter.

Trotzdem offensichtlich die Absicht besteht, den Reichstag nach einer drei- bis vierwöchigen Tagung wieder in die Ferien zu schicken, werden die Kommunisten mit größter Energie auch im Parlament diese lebenswichtigen Forderungen der werktätigen Bevölkerung vertreten.

Die Arbeitermassen für Ernst Thälmann

Die rote Einheitsfront formiert sich zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit

In einer glänzend besuchten Versammlung der ZNS im Deutschen Turnerhaus in Heidenau wurde Stellung genommen zur Präsidentenwahl in Verbindung mit dem Kampf gegen Lohnabbau und Steuerraub. Über 800 Versammelte nahmen einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Die im Deutschen Turnerhaus versammelten Schichten aller Werktätigen begrüßen die Aufstellung des Führers der kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, als Kandidaten zur Präsidentenwahl, als Vertreter aller Werktätigen.“

Nur sind die Fronten aufeinander: Klasse gegen Klasse. Auf der einen Seite die rote Einheitsfront unter Führung der KPD und auf der anderen Seite der Faschismus mit dem Kandidaten Hindenburg.

Die „Eiserne Front“ sowie die SAP-Führer bilden eine Schutztruppe für die Reaktionen aller Schichtungen. Die Versammlung beschloß, als rote Wahlhelfer für die KPD mitzubekommen und sich einzusetzen in die rote Einheitsfront, für Arbeit und Brot, für den Schutz der Sowjetunion, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Drei Volksdelegierte, darunter zwei Kleingewerbetreibende wurden in den Heidenauer Volksdelegiertenkörper eingereiht.

In einer in Seidenberg stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Freidenker wurde folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die am Freitag, dem 19. Februar 1932, stattgefundene öffentliche Versammlung begrüßt die Kandidatur des Arbeiterkandidaten Thälmann und gelobt, für den Kandidaten der arbeitenden und besitzlosen Klasse zur Reichspräsidentenwahl einzutreten!“

87 rote Wahlhelfer

warb ein Genosse aus der Zelle 5 im Stadtteil 3!

Wo bleiben die anderen Zellen mit der Werbung von Wahlhelfern? Wo bleiben die Betriebe? Stadtteil 3 will an der Spitze marschieren!

Werkstätten Zolkewitz immer noch voran

Am Freitag meldeten wir, daß es unseren Genossen gelungen war, 51 Arbeiter des Werkstättenbahnhofs Zolkewitz als rote Wahlhelfer zu gewinnen. Damit steht die Beteiligung der Straßenbahnwerkstätten Zolkewitz in der Werbung von roten Wahlhelfern für die proletarische Klassenkandidatur Ernst Thälmann an der Spitze.

Heute meldet uns die Betriebszelle, daß die Zahl der roten Wahlhelfer von 51 auf 61 gesteigert wurde und daß die Werbung fastgeheilt wird.

Ein Braud der Genossen und Arbeiter der Straßenbahnwerkstätten von Zolkewitz, die hier allen anderen Betrieben ein glänzendes Beispiel für die Vorbereitung der außerparlamentarischen Kampagne zu den Reichspräsidentenwahlen geben. Wir fordern besonders die Betriebe Seidel u. Naumann, Elwerk, Anton Reiche AG, Universelle, Koch & Stengel, die Straßenbahn und die Dienststellen der Reichsbahn auf, den Straßenbahnwerkstätten Zolkewitz nachzusehen.

Rosenfeld-Gendewitz, die Helfershelfer der Hindenburgfront

In dem Artikel des Genossen Kemme von gestern werden die politischen Grundfragen behandelt, die in Verbindung mit der Reichspräsidentenwahl auf der Tagesordnung stehen. In seinem Artikel gebraucht der Genosse Kemme die Formulierung „von Döcker bis Wels, von Hugenberg bis Rosenfeld gilt heute der Generalfeldmarschall als der Ketzer aus Deutschlands Not.“ Damit kennzeichnet der Genosse Kemme die Stellung aller Parteien und Gruppen, die im Lager der Bourgeoisie stehen, in ihrem Kampf gegen den Bolschewismus, gegen den proletarischen Klassenkampf und die proletarische Revolution.

Die Rosenfeld und Gendewitz, benutzen die obengenannte Formulierung des Genossen Kemme, die eine vollständig richtige Charakterisierung der Rolle der SAP-Gruppe gibt, zu neuen Beschimpfungen gegen die KPD und ihre Führung. Dabei erlauben sie sich, die schwindelhafte Behauptung, daß „seit Wochen die Späßen von den Dackern pfeifen, daß nämlich die SAP für Thälmann stimmen werde.“

Nachdem die SAP-Führer, gezwungen durch die Entscheidung ihrer Arbeiter-Mitglieder, ebenfalls vor einigen Tagen die Parole ausgegeben haben für Ernst Thälmann einzutreten, wollen sie mit der vorstehenden Behauptung ihre witzige Stellungnahme zu der Reichspräsidentenwahl verschleiern. Rosenfeld und Gendewitz wollen damit versuchen, daß sie der KPD angeboten haben, über eine gemeinsame Kandidatur zu verhandeln, daß sie also bereit waren mit denselben Leuten zusammen zu gehen, die Hindenburg auf die Schild gehoben haben. Aber weiter. Rosenfeld und Gendewitz wollen mit ihrem Schwindel auch vertuschen, daß es ihre Absicht war, Ledebur als Reichspräsidenten-Kandidaten aufzustellen, um neue Verwirrung in die Arbeiterfront hineinzutragen. Die Entscheidung der SAP-Arbeiter, die sich in ihren Beschlüssen für Ernst Thälmann erklärten, zwang die SAP-Führer, ihr Betrugsmaschenspiel aufzugeben und einen Aufruf für Ernst Thälmann zu erlassen.

Damit ist die Kennzeichnung der Rolle von Rosenfeld und Gendewitz durch den Genossen Kemme als Helfershelfer der Bourgeoisie und der Hindenburgfront erneut bestätigt. Mit diesen Leuten kann es keine gemeinsame Front geben. Sie gehören

als linke Filiale des Sozialfaschismus mit zur Front der Bourgeoisie, gegen die der scharfe Kampf der Arbeiterklasse geführt werden muß. Viele Erkenntnis muß sich auch bei den noch in der SAP organisierten Arbeitern Bahn brechen, mit denen wir jederzeit bereit sind genau so wie mit den SAP-Arbeitern in einheitlicher Front zu marschieren und zu kämpfen.

Riesenverluste u. Fusion für Großbanken

Neue Notverordnung. Millionen für Bankiers. Massenentlassungen der Angestellten

Die Zusammenfassung der deutschen Großbanken, deren finanzielle Schwierigkeiten schon lange kein Geheimnis waren, ist nun Tatsache geworden. Es erfolgt erstens eine Verschmelzung der Danabank mit der Dresdener Bank, zweitens eine Fusion der Commerz- und Privatbank mit dem Harzer Bankverein. Zu diesen zwei Nationalbanken gesellt sich als dritte noch die Debitbank (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft). Die Dresdener-Danabank, die unter dem Namen Dresdener Bank errichtet wird, soll mit einem Aktienkapital von 220 Millionen und Reserven von 30 Millionen Mark ausgestattet werden.

Diese Bankfusion erfolgt unter „Abzehrung der ungeheuren Verluste“. Ueber die Höhe der Verluste sind verschiedene Schätzungen verbreitet. „Der Deutsche“, das Organ Stegerwalds, bringt folgende Schätzung:

„Man wird nicht fehlgehen, wenn man bei den drei großen Banken (die Debitbank, Commerzbank und Danabank), die jetzt sichtbar werdenden Gesamtverluste, die sich aus Kapitalzusammenlegung und Abschreibungen ergeben auf annähernd drei Viertel Milliarden Mark schätzt.“

Die Verluste, die das Reich, und zwar aus den Steuergeldern trägt, werden von einem Berliner Montagblatt auf 400 bis 500 Millionen geschätzt. Von großer Bedeutung für die werktätige Bevölkerung ist zu erfahren, ob etwa geplant ist, neue

Die Schlacht um Shanghai

Partisanentruppen verteidigen Kiangwan. Neue Meutereien japanischer Truppen

Shanghai, 22. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Seit zwei Tagen tobt die Schlacht um Shanghai. Japaner haben schwere Artillerie, Tanks, Panzergeschütze und giftige Gasgranaten eingesetzt. Stundenlang — ohne Unterbrechung — dauerten die Bombardements der Chinesenstadt an. Das Dorf Kiangwan, an der Elbe des Shanghai-Basins, ein wichtiger strategischer Punkt, wird seit zwei Tagen von chinesischen Partisanentruppen, die sich Maschinengewehrfeuer in den Häusern eingerichtet haben, gehalten.

Die japanischen Regimenter werden von Tankgeschwadern unterstützt. Vier Tanks wurden zerstört. Auch ein Tschapei-Büro und andere rechtlich wichtige Posten sind zerstört.

Über 600 japanische Soldaten im Hongkonggebiet haben an der Beteiligung revolutionärer Flugblätter durch Chinesen, geteilt. Einige wurden sofort erschossen, der ganze Truppenteil auf einen Dampfer verladen und sofort nach Japan zurückschickt.

Note-Fahne-Verbot aufgehoben

Unter dem Druck der protestierenden Arbeitermassen wurde das Verbot des Zentralorgans der kommunistischen Partei Deutschlands, „Die rote Fahne“, bereits gestern, als eine Woche vor Ablauf der Verbotdauer aufgehoben. „Die rote Fahne“ erscheint ab heute wieder.

Polizeiüberfall auf Arbeiterlokal

1 Arbeiter schwer verletzt, 18 Verhaftungen

Anheimelnd auf Demunition von SA-Weilen drang die Polizei in der Nacht vom Sonntag zum Montag in ein Arbeiterverstecklokal in der Soldatenstraße ein. In dem Lokal 23 Arbeiter aufhielten. Die Polizei machte von der Schutzwehr Gebrauch.

Das sind die ersten!

Für die Sammlung „Klasse gegen Klasse“ gingen folgende Abhängigsummen bei uns ein:

Leipzig: 31,50 M., Leipzig 14: 30 M., auf 61,50 M.

Das sind die ersten Parteiorganisationen, die mit der Finanzierung der großen außerparlamentarischen Kampagne zur Reichspräsidentenwahl beginnen. Jetzt sollen alle Betriebs- und Straßenzellen, Stadtteile und Gruppen in die Finanzierungsfront einrücken. Versteck überall die Sammeltätigkeit und leistet sofort Abhängigsummen.

braud. Der 27jährige Arbeiter Joh. B. erhielt einen schweren Schlag und wurde ins Krankenhaus gebracht. Er soll betrunken gewesen sein. Angeblich soll er sich um eine nicht abgemessene Vermählung gekümmert haben.

Wie wir dazu erfahren, hat letzteres Vermählung stattgefunden. Die anwesenden Gäste haben mehrere Kartons Billard gespielt.

Streik der Berliner Gastwirte

Am Freitag, mittags 12 Uhr, begann in Berlin der Streik der Gastwirte. Bis Sonntag haben sich bereits 5000 Berliner Gastwirte angeschlossen.

Die Stimmung für den Streik unter den übrigen Gastwirten ist ständig im Wachsen. Die Funktionärskonferenz des Berliner Gastwirtengewerks, die am Sonntagmittag auf Lösung des Deutschen Gastwirtsverbandes zuging, schloß mit 236 gegen 81 Stimmen die Aufnahme des Streiks am Mittwoch, nachdem er bereits am Sonntag vom Kampfausschuß begonnen wurde. Bis Mittwoch sollen Verhandlungen mit der Reichsregierung geführt werden, um Senkung der Steuer vor dem 1. April zu erwirken.

Vor dem Streik der Berliner Gastwirte haben bereits die Gastwirte von Groß-Hamburg den Bierstreik proklamiert. In einzigen Stellen, die sich diesem Streik nicht anschließen wollen, sind zwei Wirtschaften der Wittrop.

Drohender Bierstreik in Gachsen

Leipzig, 22. Februar. Der Sachliche Gastwirtsverband teilt mit, daß er gegen das Preisfestsetzungsdekret des Reichsausschusses protestiere. Die Gastwirte fordern eine sofortige Senkung der Reichssteuer und Gemeindesteuern, sowie einen Abbau der Getränkesteuer. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen müßte der Bierauschank in ganz Gachsen eingestellt werden.